

Dossier Wirtschaftspolitik  
2013/10 | September 2013

## Rückblick: Alpbacher Perspektiven 2013

“The European Union: With or Without You?”



**Medieninhaber/Herausgeber:**  
Wirtschaftskammer Österreich  
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik  
Leitung: Dr. Christoph Schneider  
Wiedner Hauptstraße 63  
1045 Wien  
wko.at/wp  
wp@wko.at

**Autoren:**  
Mag. Stephan Henseler  
+43 (0)5 90 900-4269  
[stephan.henseler@wko.at](mailto:stephan.henseler@wko.at)

Mag. Marlis Edlinger  
[marlis.edlinger@wko.at](mailto:marlis.edlinger@wko.at)

Mag. Johanna Baumann  
[johanna.baumann@wko.at](mailto:johanna.baumann@wko.at)  
(Abteilung für Sozialpolitik und  
Gesundheit)

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Alpbacher Perspektiven 2013</b>	<b>3</b>
<b>2</b>	<b>Montag, 19. August 2013</b>	<b>4</b>
	Eröffnung	4
	Panel - Europäische Werte: Prinzipien oder leere Worte?	4
	Panel - Die Rolle der Europäischen Union in einer globalen Wirtschaft	5
<b>3</b>	<b>Dienstag, 20. August 2013</b>	<b>6</b>
	Journalistenpanel - Europa in den Medien	6
	Arbeitskreis - Welche Rolle spielen Sozialpartner in der künftigen Europäischen Union 2.0?	7
	Arbeitskreis - Höhere Berufsbildung in Europa: Wie kommen wir voran?	8
	Arbeitskreis - Eine neue Kultur für Investitionen und Innovation	8
<b>4</b>	<b>Mittwoch, 21. August 2013</b>	<b>10</b>
	Abschlusspanel - Die Zukunft Europas: Eine Bürgerperspektive	10
<b>5</b>	<b>Resümee der Perspektiven</b>	<b>13</b>

## 1 Alpbacher Perspektiven 2013

Im Rahmen des heurigen Europäischen Forums Alpbach, das unter dem Motto „Erfahrungen und Werte“ stand, fanden vom 19. bis 21. August die Alpbacher Perspektiven 2013 statt. Diese stellten den Teilnehmern die Frage: „The European Union: With or Without you?“.

Ziel der Perspektiven war es, kritische Dialoge zwischen Entscheidungsträgern aus Wirtschaft und Politik, Wissenschaftlern, Künstlern, Mitgliedern der Zivilgesellschaft sowie jungen Menschen zur zukünftigen europäischen Zusammenarbeit zu führen und den Zustand der europäischen Integration zu evaluieren, die trotz gegenwärtiger Probleme und umstrittener Entscheidungen weiterhin die Basis für eine künftig relevante Rolle Europas in der globalisierten Welt ist. Es galt weiters, sich ein Bild der Wahrnehmung der Europäischen Union bei den Bürgerinnen und Bürgern zu machen und aktuelle politische und wirtschaftliche Entwicklungen sowie Herausforderungen zu diskutieren.

Themenschwerpunkte bei den Panel-Diskussionen und Arbeitskreisen waren unter anderem

- die Zukunft Europas,
- die europäische Integration,
- Europas Rolle in der Welt,
- die Wege zur Bewältigung der derzeitigen Krise,
- die Entwicklung eines zukunftsfähigen Wirtschafts- und Sozialsystems,
- die Evaluierung des Spannungsverhältnisses zwischen Sparmaßnahmen und Wirtschaftswachstum
- die Einbindung junger Menschen und der Zivilgesellschaft,
- die Evaluierung der Rolle der Sozialpartner in Europa,
- die Rolle der Bildung in Europa
- sowie der Balanceakt zwischen Demokratie und Effizienz.

Unter den hochkarätigen ReferentInnen waren heuer:

- **Cinzia Alcidi**, Head of Economic Policy Unit im „Centre for European Policy Studies“ (CEPS)
- **Niki Berlakovich**, Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
- **Phillip Blond**, Direktor von „ResPublica“ und ehemaliger Berater der britischen Labour Party
- **Claudia Dörr-Voss**, Generaldirektorin für Europapolitik im deutschen Wirtschaftsministerium
- **Maria Fekter**, Bundesministerin für Finanzen
- **Erich Foglar**, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes
- **Lykke Friis**, dänische Politikerin, ehemalige Klima- und Energie- ministerin
- **Anna Maria Hochhauser**, Generalsekretärin der Wirtschaftskammer Österreich
- **Patrick Itschert**, Generalsekretär Stellvertreter in der „European Trade Union Confederation“ (ETUC)
- **Christoph Leitl**, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich
- **Karlheinz Töchterle**, Bundesminister für Wissenschaft und Forschung
- **Yongding Yu**, Direktor des chinesischen „Institute for World Economics and Politics“

## 2 Montag, 19. August 2013

### Eröffnung

In ihren Eröffnungsworten unterstrichen **Franz Fischler**, Präsident des Europäischen Forums Alpbach, sowie **Christoph Leitl**, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich, - die auch heuer wieder als Partner und Mitorganisator der Alpbacher Perspektiven fungierten -, dass die europäische Integration in einer globalisierenden Welt ohne Alternative sei und dass die EU im positiven Sinn enormen Einfluss auf das alltägliche Leben jedes Einzelnen hat, dies aber nicht in der Wahrnehmung der Bürger reflektiert wird. Auf Österreich verweisend erwähnte Präsident Leitl die Ergebnisse einer kurz davor veröffentlichten Umfrage zu den Einstellungen der österreichischen Bevölkerung zur EU, die ergab, dass eine positivere Stimmung in Österreich vorherrsche als noch vor zwei Jahren, dass die Mehrheit der Bevölkerung auch für die EU-Mitgliedschaft sei und Vorteile für die Wirtschaft und das Land sehe, dass aber nichtsdestotrotz noch genug Europaskepsis vorherrsche. Vor allem mit diesen Personen, so Leitl, müsse man sich auseinandersetzen. Fischler und Leitl unterstrichen abschließend, dass die letzten fünf Jahre enorm herausfordernd für die EU waren und dass sich Europa verändern muss, um auch in Zukunft eine wichtige Rolle in der Welt zu spielen. Die Alpbacher Perspektiven, so Leitl, könnten dabei ein Ort des Meinungs-, Erfahrungs- und Ideenaustausches sein, mit dem Ziel, Europa im positiven Sinne zu verändern und um darüber nachzudenken, wie man aus der Vergangenheit lernen könne. Denn vor allem die Folgen der Krise haben gezeigt, dass Europa klare Regeln und ein gemeinsames Auftreten brauche, um wieder stärker aus der Krise hervorzukommen.

### Panel - Europäische Werte: Prinzipien oder leere Worte?

Im Eröffnungspanel der Alpbacher Perspektiven diskutierten **Phillip Blond**, Direktor von „ResPublica“ und ehemaliger Berater von Tony Blair, **Lykke Friis**, dänische Parlamentarierin der Liberalen Partei, und **Ruth Wodak**, Professorin für Sprachwissenschaften an der Universität Lancaster, unter der Leitung von **Peter Woodward**, Mitgründer und Direktor von „Quest Associates“.

**Friis** unterstrich in ihrem Beitrag, dass „Gloom and Doom“ die europäische Politik der vergangenen Jahre dominiert haben. Sie kritisierte dabei, dass es in Krisenzeiten einfacher sei, Angelegenheiten zu diskutieren, die nicht so kompliziert seien, vor allem im Vergleich zu fundamentalen Fragen, wie zum Beispiel, wie man die EU aus der Krise heraus manövrieren könnte. Sie appellierte an die Politik, mehr Reformeifer zu zeigen, weniger Konversation zu betreiben, dafür engagierter zu agieren und zu handeln. **Wodak** erinnerte in ihrem Statement an die Prinzipien und Bewegungsgründe der europäischen Integration: Frieden, Solidarität, wirtschaftliche Integration. Sie betonte, dass die EU seit 2007 kontinuierlich an Vertrauen verloren hat, und dass - trotz des Gewinns des Friedensnobelpreises - (soziale) Spannungen und rassistische Tendenzen im Aufwind sind, die beide die Zukunft der EU gefährden würden. Gleichzeitig monierte sie ein immanentes Problem der EU: die vorherrschende Ineffizienz der Bürokratie. **Blond** kritisierte in seiner Wortmeldung die Unfähigkeit Europas, einen gemeinsamen Nenner bei der Suche nach gemeinsamen Werten zu finden. Er betonte, dass es in der EU zu einem Umdenken kommen müsse und dass Europa sich einer aufrichtigen Debatte über seine Bedeutung stellen müsse.

## Panel - Die Rolle der Europäischen Union in einer globalen Wirtschaft

Das zweite Panel der Alpbacher Perspektiven widmete sich der Rolle der EU in der Weltwirtschaft. Teilnehmende Diskutanten waren **Yongding Yu**, ehemaliger Präsident der „China Society of World Economics“ und seit 1994 Direktor des „Institute for World Economics and Politics“, **Cinzia Alcidi**, Head der Economic Policy Unit im „Centre for European Policy Studies“ (CEPS) in Brüssel, sowie **Claudia Dörr-Voss**, Generaldirektorin für Europapolitik im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie der Bundesrepublik Deutschland.

In seinen Eingangsworten betonte **Yu**, dass die Schaffung der EU ein enormer Beitrag zur Friedenssicherung in Europa und der Welt war. Gleichzeitig betonte Yu die wirtschaftliche Rolle der EU, die Chinas zweitwichtigster Partner wurde. Er äußerte dabei auch Zuversicht, dass die Beziehung beider Player auch in Zukunft durch gegenseitigen Respekt und Freundschaft gekennzeichnet sein werde. Yu schränkte jedoch ein, dass im Bereich der Handelspolitik - auch seitens der EU - noch Handlungsbedarf und Potenzial nach oben bestehen würde.

**Alcidi** betonte in ihrem Statement, dass die Krise in Europa die Länder wieder ein gewisses Maß auseinanderdriften hat lassen. Gleichzeitig betonte sie, dass das Interesse der EU nicht immer der Summe der Interessen der Mitgliedstaaten entspreche. Derzeit müsse man, so Alcidi, auf jeden Fall Geduld mit Europa haben, weil die Krisen- und Fehlerbewältigung noch im Gang sei, bestimmte Maßnahmen erst zeitversetzt greifen werden und das soziale Gefüge zum Teil immer noch zerbrechlich ist. In Bezug auf die globale Rolle der EU, vor allem vor dem Hintergrund der aufstrebenden Schwellenländer, wie zum Beispiel China, muss sich aber Europa sehr wohl die Frage stellen, wie man den möglichen Verlust an „leadership“ in der Welt vermeiden oder diesem begegnen könnte.

**Dörr-Voss** betonte ihre Überzeugung, dass Europa weiterhin eine zentrale Rolle in der Welt spiele, dass aufstrebende Märkte aber eine immer wichtigere Rolle einnehmen würden. Europa, so Dörr-Voss, könnte gegen diese Märkte nicht im Kosten- oder Gehaltswettbewerb bestehen, sondern nur im Qualitäts- und Technologiewettbewerb. Die EU und jeder Mitgliedstaat müssen daher ihre/seine Hausaufgaben machen, um wettbewerbsfähig zu sein und um dies zu bleiben, unter anderem durch Konsolidierung, Strukturreformen, Außenhandelsförderung oder die Vollendung des Binnenmarkts.

### 3 Dienstag, 20. August 2013

#### Journalistenpanel - Europa in den Medien

**Lisbeth Kirk** (Gründerin und Chefredakteurin von EUobserver.com, Brüssel) sprach in ihrem Statement von den großen Veränderungen für die europäische Presse im Jahr 2000, die durch die Verbreitung des Internet ermöglicht wurden. Sie kritisierte, dass Zeitungen oft nur die nationale Perspektive zu europäischen Belangen berichten und betonte in diesem Zusammenhang die essentielle Rolle der Presse in Brüssel in der Kontrolle der politischen Kräfte. Durch das Internet können Nachrichten günstig global verbreitet werden, was Kirk und ihr zehnköpfiges Team jeden Tag durch eine englischsprachige Onlinezeitung aus Brüssel tun.

**Thomas Mayer** (Der Standard, Brüssel) erzählte in seinem Statement den oft vor allem Sprachen betreffenden Mangel an Flexibilität von EU-Politikern in Brüssel in den 1990er Jahren. Auch heute sieht er die Frage der Sprache als eine Frage der Macht und kritisierte auch, dass die gegenständliche Diskussion auf Englisch geführt wurde. Laut Mayer reflektiert die Sprache auch den Inhalt einer Aussage: Die Omnipräsenz der englischen Sprache deutet auf einen anglo-amerikanischen Mainstream in Europa hin. Betreffend den empfundenen Mangel an Information über die Europäische Union wies Mayer auf die Eigenverantwortung des Einzelnen hin, die Möglichkeiten moderner Medien wahrzunehmen.

**Susanne Glass** (Präsidentin der „Foreign Press Association“ und ARD-Korrespondentin in Wien) sprach von ihren Erfahrungen als Korrespondentin in Südosteuropa in den letzten 15 Jahren sowie vom negativen Klima der Auslandspresse gegenüber in Österreich zur Zeit der Sanktionen. Sie kritisierte die Berichterstattung zum EU-Beitritt Kroatiens, da primär auf mögliche negative Konsequenzen und weniger auf die positiven Errungenschaften der letzten Jahre eingegangen wurde. Auch die mediale Verwertung der Entwicklung in Ungarn betrachtete Glass kritisch, da nach einmaligem Bericht das Interesse nachlässt und dadurch sehr bedenkliche Entwicklungen nicht vermittelt werden würden.

**Corinna Milborn** (Puls4) ließ mit ihrer Aussage aufhorchen, dass die Krise dem europäischen Journalismus einen Gefallen getan hat, da die allgemeine Öffentlichkeit dadurch Interesse an EU Belangen entwickelt hat. Sie berichtete vom Nachrichtenprogramm ihres Senders - kurze Nachrichten in der Früh, eine einstündige Sendung am Abend - und die Herausforderung für diesen, für ein wenig informiertes Publikum aus unterschiedlichen Altersgruppen zielgruppengerecht zu berichten. Neben dem Thema Fernsehen sprach Milborn auch vom großen Niveauunterschied zwischen Zeitungen, die entweder einen zu hohen Standard für die breite Masse haben oder nur schockieren und ein Denken à la „Wir vs. die anderen“ (z.B. wir Steuerzahler vs. die Banken oder Entscheidungsträger) heraufbeschwören wollen. Besonders letztere Aspekt könnte Einfluss auf das Wahlverhalten vor allem junger Wähler bei der nächsten Wahl zum Europäischen Parlament haben.

**Andre Wilkens** (Direktor des Mercator Centre in Berlin) stellte die Krise als Katalysator für eine neue europäische Öffentlichkeit dar. Europa sei in seinen Augen eine Marke und für diese Marke sollte die große, durch die Krise generierte Aufmerksamkeit nicht als Problem, sondern als Chance zu einer neuen, echten Debatte über Europa angesehen werden. Früher gab es in Brüssel eine Blase mit keinerlei Interesse von außen, heute werden europäische Themen

überall diskutiert. Ein Problem sieht Wilkens im Mangel an grenzüberschreitendem medialem Diskurs über Europa. Er geht jedoch davon aus, dass es in Zukunft europäische Medien geben wird, da es sich dabei um einen neuen Markt handelt. Durch diese Entwicklungen und die Möglichkeit automatischer Übersetzungen werden in Zukunft Netzwerke entstehen, die die Meinungen Europas bündeln und Einfluss auf die europäische Politik nehmen werden.

### Arbeitskreis - Welche Rolle spielen Sozialpartner in der künftigen Europäischen Union 2.0?

Wirtschaftskammer Präsident **Christoph Leitl** stellte in seinem Statement den Beitrag der Sozialpartner zur Standortattraktivität Europas in den Mittelpunkt. Hierbei verwies er auf die wichtige Stellung der Sozialpartner in Österreich, die unter anderem für Arbeitsmarktservice, Pensionskassen, Krankenversicherung und wichtige Bereiche der (Aus-)Bildung verantwortlich zeichnen. Das dadurch entstehende Recht auf Mitbestimmung sollte auch auf die europäische Ebene ausgedehnt werden. In einem der größten aktuellen Probleme Europas, der hohen Jugendarbeitslosigkeit, verlangte Präsident Leitl nach konkreten Lösungen, auch auf EU-Ebene.

**Fabiana Pierini** (Europäische Kommission, GD Wirtschaft und Finanzen) betonte vor allem die Rolle der Sozialpartner in der Ankurbelung der Wirtschaft nach der Krise. Um die derzeitige schwierige Situation zu überwinden, müssen nachhaltigere Unternehmensmodelle umgesetzt werden, wobei die Sozialpartner in der Umsetzung dieser Reformen auf nationaler und europäischer Ebene eine Schlüsselrolle spielen. Basis hierfür sei gegenseitiges Vertrauen, Verständnis und ein gemeinsamer Zugang zum Weg aus der Krise.

Als Experte für das Kammerrecht in Europa stellte **Wilfried Kluth** (Professor für öffentliches Recht an der Universität Halle-Wittenberg) Österreich auf Grund des ausgeprägten Kammersystems auf Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite, der Einrichtung der Kammern als Körperschaften öffentlichen Rechts und der Pflichtmitgliedschaft als „Insel des Glücks“ dar. So sind zum Beispiel in Deutschland die Kammern nicht Teil der Kollektivvertragsverhandlungen. Kluth wies auf die Unterschiede in den nationalen Systemen der Europäischen Union hin, wobei die Existenz von Kammern nicht als Garant für eine positive Wirtschaftsentwicklung stehen müsse.

**Patrick Itschert** (Generalsekretär Stellvertreter der „European Trade Union Confederation“) sprach in seinem Statement von einer Schwächung des sozialen Dialoges in Europa seit dem Jahr 2000. Die nötigen Aspekte für eine funktionierende Sozialpartnerschaft auf europäischer Ebene sind für Itschert starke, verantwortungsbewusste und unabhängige Vertreter auf Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite sowie ein ausgeglichenes Geben und Nehmen. Itschert betone außerdem, dass die Politik auf europäischer Ebene auf Innovation und nicht auf soziales Dumping fokussieren solle. Die größten Herausforderungen für die europäische Sozialpartnerschaft, so Itschert, wären die Globalisierung und die kommenden Wahlen zum Europäischen Parlament.



## Arbeitskreis - Höhere Berufsbildung in Europa: Wie kommen wir voran?

**Anna Maria Hochhauser**, Generalsekretärin der Wirtschaftskammer Österreich, zeichnete in ihrem Statement ein Bild der aktuellen Situation in Österreich. Das duale Ausbildungssystem bringt Österreich hervorragend ausgebildete Fachkräfte, die zweitniedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa und ist die häufigste Basis für Unternehmertum. Um die Attraktivität der Lehre zu gewährleisten, soll der tertiäre Bildungssektor durch eine berufsbegleitende Berufsakademie für Lehrabsolventen zugänglich gemacht werden. Das Angebot soll vor allem in Bereichen wie dem Handel, in denen ein Abschluss mit Meisterprüfung nicht möglich ist, den Zugang ins höhere und mittlere Management ermöglichen. Die Berufsakademien sollen privat finanziert werden und in bereits existierende Bildungseinrichtungen, nämlich WIFI und FHs, integriert werden. Wichtig ist vor allem auch die internationale Vergleichbarkeit und Verwertbarkeit des Abschlusses sowie der dadurch ermöglichte Zugang zu weiterführenden Studien an Universitäten.

Der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, **Karlheinz Töchterle**, sprach von einem Kulturwandel im tertiären Bildungssektor hin zum amerikanischen System, in dem der Aufnehmende sich die besten Kandidaten aussucht. Darüber hinaus zweifelte er die Empfehlungen der OECD betreffend die Forderung nach erhöhter Akademisierung an. In Bezug auf das duale Ausbildungssystem sieht BM Töchterle den Bedarf eines Diskurswechsels. Lehre sollte nicht nur mit Studium als vollwertig angesehen werden. Eine dritte Säule neben Universitäten und Fachhochschulen wäre im tertiären Sektor nicht sinnvoll, bisherige Versuche der Einführung der Berufsakademie scheiterten unter anderem an qualitativen Bedenken. Auch innerhalb der bestehenden zwei Säulen regte Töchterle eine saubere Trennung entgegen dem Trend zur Annäherung zwischen Fachhochschulen und Universitäten an und empfahl, im Bereich der Fachhochschulen berufsbegleitende Lehrgänge vermehrt zu ermöglichen.

**Friedrich Poppmeier** (Vorstand in der Spar AG) sprach über die Berufsschule mit Öffentlichkeitsrecht von Spar sowie den Fokus auf Kundenorientierung. Österreich, so Poppmeier, solle sich beim Thema Durchlässigkeit in den tertiären Bildungssektor am Beispiel der Schweiz orientieren. Er sieht den Bedarf einer Bildungsakademie eindeutig als gegeben und begrüßte die strukturierte Initiative der Wirtschaftskammer Österreich.

**Helmut Scheidl** (Paumann Agricultural Engineering) berichtete von seinen eigenen Erfahrungen als Lehrabsolvent und davon, dass für ihn ein Meisterbrief mehr bedeuten würde als ein Abschluss im tertiären Bildungssektor. Dennoch sprach er sich für erhöhte Durchlässigkeit aus, da es schwierig sei, sich bereits in jungen Jahren endgültig für einen Weg zu entscheiden und weil, je nach Bereich, ein akademischer Titel große Relevanz für den Karriereweg haben könne.

## Arbeitskreis - Eine neue Kultur für Investitionen und Innovation

Die Bundesministerin für Finanzen, **Maria Fekter**, hob die Innovationsleistungen österreichischer Unternehmen hervor und attestierte gleichzeitig der öffentlichen Verwaltung in Punkto e-Government Innovationsführerschaft. Sie schränkte gleichzeitig aber auch ein, dass das Ausmaß an Regulativen innovationshemmend sei und in Österreich, anders als in anderen Ländern, eine (hemmende) Kultur des Scheiterns vorherrsche, die es zu durchbrechen gilt.



**Markus Roth** (Bundesvorsitzender der Jungen Wirtschaft) betonte, dass Innovationsleistungen, vor allem von JungunternehmerInnen, in großer Zahl vorhanden seien, dass aber finanzielle Grundlagen und Rahmenbedingungen verbesserungswürdig seien. Gerade was Crowdfunding und Business Angels angeht, so Roth, müsse sich Österreich weiter verbessern.

**Werner Wutscher** (Business Angel und Vorstandsmitglied von respACT) unterstrich in seinem Statement ebenfalls das Finanzierungsproblem in Österreich. Seiner Ansicht nach bestehe vor allem in der zweiten und dritten Finanzierungsphase großer Aufholbedarf, während die (erste) Frühphasenfinanzierung noch recht gut funktionieren würde.

**Marion Pötz** (Department of Innovation and Organizational Economics, Copenhagen Business School) hob die wichtige Rolle des Crowdfunding hervor. Dieses, anders als bei anderen Finanzierungsmöglichkeiten, bietet nämlich nicht nur die Mittel zur Finanzierung, sondern auch die attraktive Möglichkeit, gleichzeitig eine neue Idee oder ein neues Produkt durch die involvierte Crowd abzutesten und zu prüfen.

Für **Bernd Ebersberger** (Professor am Management Center Innsbruck) beginnt der Weg in Richtung Innovation schon im frühkindlichen Alter. Die Förderung einer Innovationskultur durch Verlassen eines standardisierten und starren Ausbildungsweges, der den Mut zur Risikobereitschaft abwürgt, müsse oberste Priorität haben.

## 4 Mittwoch, 21. August 2013

### Abschlusspanel - Die Zukunft Europas: Eine Bürgerperspektive

Das Abschlusspanel der Alpbacher Perspektiven vereinte vier junge europäische Menschen, die ihre Anliegen, Ideen und Sorgen mit zwei österreichischen Regierungsvertretern und zwei Sozialpartner-Präsidenten teilten und über Aussichten und Herausforderungen für Europa diskutierten.

Die vier jungen Menschen waren:

- **Monika Frech**, 30 Jahre, aus Deutschland, studierte Sozialwissenschaftlerin, Unternehmerin und Mitgründerin von „Dark House“, einer „Innovation Consultancy“ in Berlin
- **María Lillo Felis**, 27 Jahre, aus Spanien, studierte Publizistik, unter anderem auch in Wien, seit 2013 angestellt bei einer PR-Firma
- **Michael Printzos**, 35 Jahre, aus Griechenland, Unternehmer und Gründer der Firmen Green Systems Ltd sowie Brainomix Ltd und
- **Theodora Toli**, 31 Jahre, aus Griechenland, studierte Marketing und Kommunikationswissenschaften, seit 2012 „Project Manager of European & National projects“ bei der „ANAIT Development Agency S.A. LGO“

Mit ihnen diskutierten die Präsidenten **Christoph Leitl** und **Erich Foglar** sowie die Minister **Maria Fekter** und **Niki Berlakovich**.

Begleitet und moderiert wurde die Diskussion von **Peter Woodward**, Mitgründer und Direktor von Quest Associates, der betonte, dass Alpbach ein Ort sei, wo nach Antworten gesucht werde und wo Entscheidungsträger aus der Wirtschaft und der Politik zusammen mit jungen Menschen deren Sorgen, Anliegen, Ideen, Wünsche und Perspektiven diskutieren würden.

**Frech** erläuterte die Probleme, die sie und ihre Kollegen hatten, als sie im Jahr 2010 eine Firma gründeten. Sie unterstrich, dass das Gründen schwierig sei und dass Innovationen, aber manchmal auch Scheitern womöglich dazugehören müssten. Frech appellierte an die Politik, den jungen Menschen eine Chance zu geben und die Rahmenbedingungen so zu setzen, damit diese in Freiheit arbeiten könnten. Die jetzige Generation, so Frech, brauche und erwarte Vertrauen sowie Unterstützung der Politik. Sie forderte dabei auch, dass kreatives Denken unter anderem durch adäquate Bildungspolitik gefördert werden müsse. Sie appellierte gleichzeitig aber auch an die jungen Menschen, dass diese Mut zeigen müssten, auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

**Toli** betonte, dass die Wirtschaftskrise in ihrem Land das (Selbst-)Vertrauen der Leute nachhaltig beeinträchtigte. Viele junge Menschen wie sie würden trotz Studium keine Arbeit finden und nur wenig Geld haben und folglich auch (wieder oder noch immer) zuhause bei den Eltern wohnen. Ein großer Teil der griechischen Jugend habe nunmehr auch das Land verlassen. Toli fragt sich deshalb, ob sie nicht zu einer verlorenen Generation gehören. Sie appellierte an die Entscheidungsträger und Politiker, sich bewusst zu sein, dass diese Entscheidungen treffen, die das Leben der jungen Menschen nachhaltig beeinflussen.

**Lillo Felis** erzählte von der omnipräsenten Krise in ihrem Land und ihren persönlichen Erfahrungen, die viele ihrer Landsleute teilen würden: trotz Studium nur Gelegenheitsjobs, Monatsverträge und nur ein geringes Gehalt. Sie betonte, dass die Spanier das Vertrauen in die Politik verloren hätten und äußerte den Verdacht, dass die Politik nicht weiß, wie man den jungen Menschen in der

derzeitigen schwierigen Zeit helfen soll. Sie äußerte aber ihre Hoffnung, dass Respekt und Solidarität in Europa weiter bestehen müssten, schränkte aber ein, dass wir alle riskieren würden, ein Europa zu „verlieren“, das in Wahrheit nie existiert hat.

**Printzos** betonte, dass sich Griechenland nach wie vor in einer großen Krise befinden würde, mit hoher Arbeitslosigkeit und wenig Vertrauen in die Politik bei gleichzeitigem Aufkommen von rechten Kräften und Tendenzen. Als Lösungsansätze für sein Land identifizierte Printzos die Notwendigkeit, Nachhaltigkeit zu fördern und den Zugang von Unternehmen zu Finanzierung zu verbessern. Auch müsse in Bereiche wie Bildung sowie Forschung und Innovation investiert werden. So wie seine Vorrednerinnen appellierte er an die jungen Menschen, durchaus auch Risiken zu nehmen, auch wenn das manchmal zum Scheitern führe. Er betonte aber, dass junge Menschen viel kreatives Potenzial hätten, dass es aber vielleicht an der Möglichkeit fehlt, Ideen umzusetzen. Es müssten daher von der Politik Gelegenheiten für Wachstum geschaffen werden. Abschließend beklagte er, dass die Politik Visionen aus den Augen verloren hätte, meinte aber, dass Europa „wie ein Hollywood-Film sei, wo es am Ende immer ein happy end geben würde“. So zumindest seine Hoffnung.

Wirtschaftskammer Präsident **Leitl** gratulierte den vier jungen Diskutanten für ihren Mut, ihre Ideen und ihr Engagement. Er betonte, dass Europa dank der EU ein Friedensprojekt sei, welches derzeit vor gravierenden Herausforderungen stehen würde, allen voran der Jugendarbeitslosigkeit und den daraus potenziell sich entwickelnden sozialen Problemen. Er unterstrich, dass hier mehr und vor allem zielgerichtet Geld in die Hand genommen werden müsse, um jungen Menschen zu ermöglichen, zu arbeiten. Gleichzeitig muss den jungen Menschen geholfen werden, dass diese ihre eigenen Jobs schaffen bzw. ihr eigenes Unternehmen gründen können, weil Unternehmen in jedem Land das Rückgrat jeder Wirtschaft seien. Hier müssten auch, so Leitl, genug Finanzmittel und Inkubatoren-Zentren zur Verfügung stehen und es müssten Bedingungen vorherrschen, wo die Angst vor dem Scheitern nicht mehr existieren würde. Abschließend ermunterte Leitl alle jungen Menschen, nicht nur auf Hilfe zu warten, sondern sich selber helfen, so wie es auch die vier jungen Diskutanten gemacht haben.

ÖGB-Präsident **Foglar** betonte, dass die heutige Generation keine verlorene Generation sei, dass die Rahmenbedingungen für junge Menschen auf europäischer Ebene aber so gestaltet werden müssten, dass diese ihr Leben meistern, anständige Gehälter verdienen und ihre Familien versorgen können. Die Politik müsse den jungen Menschen besser zuhören, so wie sie in Alpbach diesen vier jungen Menschen zuhöre und die Politik müsse die Gefühle der jungen Menschen verstehen. Insgesamt bedauerte Foglar, dass Europa zu wenig für Bildung ausgäbe und appellierte an die europäische Politik, dass der Jugend in dem Ausmaß geholfen werden sollte wie den Banken.

Bundesministerin **Fekter** erläuterte in ihrem Statement, dass für die Anliegen der jungen Menschen eine „traditionelle Politik“ nicht genug sei. Die Politik müsse besser verstehen, die Anliegen der jungen Menschen in ihren Entscheidungen zu berücksichtigen. Die Politik müsse ein Umfeld schaffen, welches den jungen Menschen Möglichkeiten und Chancen liefert. Dementsprechend müssten Bereiche wie Innovation verstärkt gefördert und kreatives Potenzial voll ausgeschöpft werden. Dahingehend müssten Ausgaben vermehrt auf ihre Zukunftsfähigkeit überprüft werden, wobei sie auf den in Österreich bestehenden Generationen-Check verwies.

Abschließend betonte auch Bundesminister **Berlakovich**, dass die heutige Jugend keine verlorene Generation sei, und dass in der derzeitigen schwierigen Lage, in der sich Europa zur Zeit befinde, es weiterhin Priorität haben sollte, Solidarität gegenüber den südlichen Peripherieländern zu zeigen. Dies, so Berlakovich, sei für die Zukunft des Projekts „Europa“ immens wichtig, was dementsprechend auch so den Bürgerinnen und Bürgern vermittelt werden müsse.



Bild: wko/Leithner

## 5 Resümee der Perspektiven

Aus den dreitägigen Perspektiven lassen sich folgende zentrale Aussagen und Erkenntnisse ableiten:

- Trotz Krise hat die EU eine Zukunft. Es müssen aber offensichtliche politische Fortschritte erzielt werden, um auch weiterhin ein zukunftsfähiges Wirtschafts- und Sozialsystem gewährleisten zu können.
- Die EU muss ihr Alleinstellungsmerkmal („unique selling point“) finden und sich einer aufrichtigen Debatte über ihre Bedeutung stellen.
- Die EU nimmt eine wichtige Rolle in der Welt ein, muss aber, um auch in Zukunft zu den „global players“ zu gehören, ihre Hausaufgaben in der Innovations-, Finanz- und Wettbewerbspolitik machen sowie die Internationalisierung vorantreiben. Gleichzeitig müssen auch Konsolidierung und Strukturreformen vorangetrieben werden.
- Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen in Zukunft verstärkt die Anliegen der Jugend berücksichtigen bzw. müssen diese einbinden, wobei die Politik für ein Umfeld und Rahmenbedingungen sorgen muss, wo Chancen und Möglichkeiten aufgegriffen werden können und kreatives Potenzial ausgeschöpft werden kann.

**Wirtschaftskammer Österreich**  
Vertretungsbefugtes Organ:  
Präsident Dr. Christoph Leitl  
Tätigkeitsbereich: Information,  
Beratung und Unterstützung der  
Mitglieder als gesetzliche  
Interessenvertretung.  
Blattlinie: Dossiers  
Wirtschaftspolitik informieren  
regelmäßig über aktuelle  
wirtschaftspolitische  
Themenstellungen.  
Chefredaktion:  
Dr. Christoph Schneider  
Druck: Eigenvervielfältigung  
Erscheinungsort: Wien  
Offenlegung: [wko.at/offenlegung](http://wko.at/offenlegung)